

WANDERUNGSBEWEGUNGEN IN EUROPA AUS DER SICHT DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND

Rainer Mackensen
Institut für Soziologie
Technische Universität Berlin

Gliederung:

1. Europäische Wanderungen 1990
2. Europäische Wanderungen der Nachkriegszeit
im Überblick
3. Arbeitskräfte- und Sozialwanderung
- 3.1 Bisherige Wanderungen - Das Beispiel BRD im
internationalen Kontext: Push- und
Pull-Faktoren
- 3.2 Künftige Europäische Wanderungen:
Wanderungserwartung für den
Europäischen Binnenmarkt 1993
4. Der Sonderfall Deutschland
- 4.1 Kleine Wanderungsgeschichte der
Bundesrepublik Deutschland 1951-1988
- 4.2 Die Wanderungen in Deutschland "nach dem
Fall des Eisernen Vorhangs"
- 4.2.1 Aussiedler: Die wichtigsten Herkunftsländer
- 4.2.2 Übersiedler: Bilanz der Wanderungen
zwischen DDR und BRD und ihrer
Fortsetzung seit der Vereinigung
5. Fazit, Erwartung und Forschungsbedarf

1. Europäische Wanderungen 1990

Wanderungen genossen nie die besondere Zuwendung der Sozialforschung (Mackensen 1975, 1979, 1981); plötzlich jedoch erscheinen weithin wenigstens die internationalen Wanderungen interessant. Das Ansehen wissenschaftlicher Themenstellungen ist nun einmal von außerwissenschaftlichen Ereignissen nicht unabhängig.

Was macht die internationalen Wanderungsbewegungen gegenwärtig in Deutschland derart aktuell? Die öffentliche Aufmerksamkeit hat sich in Deutschland doch längst von den internationalen Wanderungen und ihren Ursachen und Folgen abgewendet: Über die Probleme der Ausländer in Deutschland spricht man ungern, schon garnicht über diejenigen, die hier den Asylantenstatus erwerben möchten. Auch die Sozialforschung schweigt weitgehend darüber (vgl. jedoch DGBw 1990). Aber es sind jüngst eben nicht die Ausländerwanderungen, die die deutsche Aufmerksamkeit auf sich ziehen, sondern vielmehr die internationalen Wanderungen der Deutschen - die der Aus- und Übersiedler: ein spezieller Wandertypus. Sie setzen sich in diesem Jahr der deutschen Vereinigung als Binnenwanderungen spezieller Art zwischen den Teilgebieten Deutschlands fort, die bis zum 3. Oktober 1990 eigene Staaten bildeten.

Dabei stellen sie nur einen kleinen Ausschnitt aus dem europäischen Wanderungsgeschehen dar, von dem Deutschland betroffen ist. Auch "nach dem Fall des Eisernen Vorhangs" haben sich nicht nur die Wanderungen in Deutschland verändert. Über diese ist noch wenig bekannt, über die Wanderungsbewegungen im übrigen Europa noch weniger. Wir werden uns daher weitgehend auf die deutschen Außenwanderungen zu konzentrieren haben, sie aber - nach Vermögen - in den internationalen Zusammenhang des Wanderungsgeschehens in Europa stellen.

Dabei sind nicht nur diejenigen Außenwanderungen von besonderem Interesse, denen sich die Länder mit ehemaligen Kolonien ausgesetzt sehen, sondern auch solche, die unter den Ländern der Europäischen Gemeinschaft durch deren zunehmende Zusammenarbeit ausgelöst werden. "Freizügigkeit" ist eines der Schlüsselworte des gemeinsamen Binnenmarktes, der in der Europäischen Gemeinschaft (EG) ab 1993 verwirklicht sein soll. Zwar herrschte unter den Ländern der EG schon lange ein hoher Grad an Freizügigkeit, aber es treten zu den vorhandenen eben noch einige weitere Merkmale der Freizügigkeit hinzu: Vor allem die Freizügigkeit der Niederlassung von Unternehmungen könnte eine erhebliche zusätzliche Mobilität auslösen. Ist nach den bisherigen Erfahrungen zu erwarten, daß die vermutete betriebliche Mobilität auch zusätzliche Wanderungsströme auslösen wird?

Wir wenden uns daher zunächst dem bisherigen Wanderungsgeschehen in Europa zu, obgleich dieses zur Zeit auch Gegenstand etlicher internationaler Veröffentlichungen (vgl. Europarat in Straßburg und das NIDI) und der Informationsstand nicht optimal ist. Dann behandeln wir die Außenwanderungen der Bundesrepublik Deutschland und die zwischendeutschen Wanderungen.

2. Europäische Wanderungen der Nachkriegszeit im Überblick

Über die Wanderungen in Europa berichten für die Periode 1950 bis 1975 die Vereinten Nationen (1979) und W. Linke in den Population Studies des Europarats (1976) sowie für die nachfolgenden Jahre Penninx (1984, 1990). Dieser teilt das europäische Wanderungsgeschehen in zwei Perioden vor und nach dem Jahr 1973 ein. Die erste dieser Perioden dauerte seit Abschluß der kriegsbedingten Wanderungen Mitte der 50er Jahre bis in die 70er Jahre.

Bis 1973 nahmen die Wanderungsströme in Europa generell zu; nur um 1967 gingen sie in den meisten Ländern vorübergehend zurück. Die größten Wanderungsströme dieser Zeit setzten in den 50er Jahren als Arbeitsmigration ein und führten die Migranten aus dem Süden Europas in dessen Norden. Sie kamen zunächst aus den Ländern an den nördlichen Küsten des Mittelmeers (Italien, Spanien, Jugoslawien, Portugal), dann aus dessen südlichen Küstenländern (Marokko, Algerien, Tunesien). Ihre Ziele waren zunächst die Schweiz, Belgien und Frankreich, dann erst die Bundesrepublik Deutschland und endlich die Niederlande.

Gleichzeitig setzte die Zuwanderung aus den früheren Kolonialgebieten in die entsprechenden Mutterländer ein. Bereits in den 50er Jahren wanderten Menschen in erheblicher Zahl aus Indonesien, in den 70er Jahren aus Surinam und den Antillen in die Niederlande. Großbritannien nahm Einwanderer aus den Ländern des Commonwealth besonders in den 60er und 70er Jahren auf; auch nach Portugal kamen viele Einwanderer aus den früheren afrikanischen Besitzungen.

Unter den Ländern des Nordischen Gemeinsamen Marktes (1954) fand gleichzeitig ein bemerkenswerter Wanderaustausch statt; besonderen Umfang aber hatte die Wanderung aus Finnland nach Schweden.

Dazu kamen die stetigen Zuwanderungen aus Irland nach Großbritannien und die Wanderungen aus Osteuropa in die Bundesrepublik Deutschland; diese werden uns noch gesondert beschäftigen.

Nach 1973 veränderte sich die europäische Wanderungsszene grundsätzlich. Der Mangel an Arbeitskräften in den industrialisierten Ländern war behoben. Außer in der Schweiz, in Norwegen und Luxemburg stagnierte die Einwanderung bereits Ende der 70er Jahre.

Einige Länder bemühten sich in dieser Zeit, die Zahl der Arbeitsimmigranten zu reduzieren und regelten den Familienzuzug restriktiver; die Schweiz und Großbritannien hatten solche Maßnahmen schon früher ergriffen. Frankreich änderte seine Politik, die vorher auf eine Förderung der Einwanderung ausgerichtet war, ab 1974 vollständig. Viele Arbeitsmigranten kehrten aus den Industrieländern in die südeuropäischen Länder ihrer Herkunft zurück.

Die starken Rückwanderungen nach Spanien, Griechenland, Italien und Jugoslawien in den 70er Jahren beruhten offenbar weniger auf restriktiveren wanderungspolitischen Maßnahmen der Empfängerländer als auf der wirtschaftlichen Erholung und der zunehmenden sozialen Sicherheit in den Herkunftsländern. Gerade auch die politischen Entwicklungen in Griechenland, Spanien und Portugal förderten die Rückwanderung, zumal sie die Ursache einer verbesserten Wirtschaftsentwicklung und der größeren

Sicherheit in diesen Ländern waren. Diese Länder wurden daher aus Auswanderungs- zu Einwanderungsländern. Auch in diesen Ländern nahmen nun die Ausländerbevölkerungen zu; die Zuwanderer stammten vor allem aus Marokko, Tunesien und Ägypten.

Die Einwanderungen aus Mozambique, Angola und Cape Verde nach Portugal werden für 1974-1976 auf eine halbe Million geschätzt. Nach Frankreich kamen Mitte der 70er Jahre jährlich etwa 10.000 Menschen zu den bereits dort lebenden 150-180.000 Auslandsfranzosen hinzu. In Großbritannien wurden 1981 fast 2,2 Mio. Einwanderer aus dem Commonwealth und aus Pakistan gezählt (davon über eine halbe Million ohne britische Staatsbürgerschaft). Die Einwanderung aus Surinam in die Niederlande war 1973-1980 (mit Ausnahme von 1976/77) besonders stark, aus den Antillen kontinuierlich; man schätzt diese Zuwanderer insgesamt auf etwa 240.000.

Genauere Zahlenangaben fehlen; die meisten der betroffenen Länder weisen die Zuwanderungen nicht spezifiziert aus; die Zugewanderten haben vielfach nicht den Ausländerstatus und erscheinen daher nicht in den Bestandsdaten. Die Einwandererbevölkerung der wichtigsten Einwanderungsländer in Mittel- und Nordeuropa wird um 1960 auf 5 Millionen, um 1970 auf 9,3 Millionen, um 1976 auf 13 und um 1981 auf 14 Millionen geschätzt. Nur in der Schweiz ging dieser Bevölkerungsanteil seit Mitte der 70er Jahre zurück; in Schweden wurden viele Einwanderer naturalisiert.

Seit 1974 nehmen die Zuwanderungen in Mittel- und Nordeuropa (in den Niederlanden erst ab 1981) ab. In Italien und Griechenland jedoch stiegen die Einwandererzahlen in der Zeit 1975-1981 um zwei Drittel, in Spanien und Portugal später in ähnlichem Ausmaß. Die amtlichen Angaben erfassen in diesen Ländern nur einen Teil der Zuwanderung.

Die verfügbaren offiziellen Zahlen scheinen für Europa insgesamt in den frühen 80er Jahren eher eine Stagnation der Wanderungsbewegungen zu belegen.

3. Arbeitskräfte- und Sozialwanderung

3.1 Bisherige Wanderungen - Das Beispiel BRD im internationalen Kontext: Push- und Pull-Faktoren

Ich stütze mich im Folgenden vorwiegend auf eigene Analysen der Außenwanderungsstatistik für die Bundesrepublik Deutschland in der Nachkriegszeit (vgl. Anm. 1). Wenn diese auch nur einen Ausschnitt aus dem europäischen Wanderungsgeschehen darstellt, so spiegelt sie doch auch die wichtigsten Vorgänge und Entwicklungen in Europa. Sie lassen sich mithilfe der zuvor gemachten Anmerkungen zum allgemeinen Wanderungsgeschehen in Europa leicht in dieses einordnen. Zugleich weist sie einige interessante Eigentümlichkeiten auf. Die Unterscheidung von "Deutschen" und "Ausländern" folgt der amtlichen Sprachregelung; nur diese ist in den amtlichen Zahlen dokumentiert.

An den Außenwanderungen der Bundesrepublik sind verschiedenartige Herkunfts- und Zielgebiete beteiligt. Deren jeweilige wirtschaftliche und politische Situation im Verhältnis zu derjenigen der Bundesrepublik wäre in einer eingehenderen Analyse zu berücksichtigen, worauf ich hier jedoch verzichte. Die für eine Deutung maßgeblichen wirtschaftlichen und politischen Ereignisse sind allgemein bekannt. Allein die wechselnde

Beteiligung der verschiedenen Länder an den erheblicheren Wanderungsströmen gibt aber bereits einige Aufschlüsse.

Tabelle 1: Außenwanderungen der Bundesrepublik Deutschland 1951- 1988

Jahre	Anzahl Jahre	Zuzüge insg. in Tausend	darunter		Fortzüge insg. in Tausend	darunter	
			Deutsche	andere		Deutsche	andere
1951-53	3	43,8	22,8	21,0	86,6	47,7	39,2
1954-61	8	3.716,4	1.810,6	1.905,8	1.628,2	223,2	1.405,0
1962-66	5	3.517,7	341,2	3.176,5	2.319,8	177,4	2.142,4
1967	1	431,9	99,2	332,7	608,7	80,3	528,4
1968-73	6	5.689,2	432,3	5.256,9	3.066,1	236,7	2.829,4
1974-77	4	2.122,2	379,4	1.742,8	2.371,4	219,7	2.151,7
1978-81	4	2.620,9	481,4	2.139,5	1.795,4	220,7	1.574,7
1982-84	3	1.249,7	313,9	935,8	1.593,6	186,8	1.406,8
1985-88	4	2.631,7	628,5	2.003,2	1.662,0	252,6	1.409,5
zus.	38	22.023,5	4.509,3	17.514,2	15.132,1	1.645,1	13.487,1

Jahre	Anzahl Jahre	Saldo insg.	darunter		Mittel p.a.		
			Deutsche	andere	insges.	Deutsche	andere
1951-53	3	-43,1	-24,9	-18,2	-14,4	-8,3	-6,1
1954-61	8	2.088,2	1.587,4	500,8	261,0	198,4	62,6
1962-66	5	1.197,9	163,8	1.034,1	239,6	32,8	206,8
1967	1	-176,8	18,9	-195,7	-176,8	18,9	195,7
1968-73	6	2.623,1	195,7	2.427,5	437,2	32,6	404,6
1974-77	4	-249,2	159,7	-408,9	-62,3	39,9	-102,2
1978-81	4	825,5	260,7	564,8	206,4	65,2	141,2
1982-84	3	-343,9	127,1	-471,0	-114,6	42,4	-157,0
1985-88	4	969,7	375,9	593,7	242,4	94,0	148,4
zus.	38	6.891,4	2.864,2	4.027,1	181,4	75,4	106,0

Anmerkung: Wanderungsbewegungen zwischen der Bundesrepublik und anderen Staaten, die im Jahr einen Saldo unter 5.000 Personen ausmachen, sind nur dann berücksichtigt, wenn sie zwischen Jahren mit einem größeren Saldo stehen.

Quelle: Außenwanderungstabellen der StJbBRD 1950-1990 eigene Berechnungen

Nur eine begrenzte Anzahl von Ländern ist an dem hier behandelten Wanderungsgeschehen wesentlich beteiligt (vgl. Tabelle 2). Würde man die Staaten zu Kontinenten zusammenfassen, so würden auch Asien, Südamerika und Afrika ins Gewicht fallen; kein einziges der dortigen Länder hat jedoch in irgendeinem Jahr unseres Beobachtungszeitraumes einen Wanderungssaldo von über 5.000 Personen ausgewiesen (vgl. Anm. 3 und 4).

Tabelle 2: Wanderungsströme zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Staaten mit einem erheblichen Wanderungsaustausch mit der BRD 1954-1988

Staat	Saldo insges.	darunter		Jahre stärkerer Wanderungsströme		
		Deutsche	andere	positiv	außer	negativ
Canada	-123,8	-110,1	-13,7	'54-'59		
Australien	-47,2	-43,5	-3,7	'54-'61		
USA	-159,2	-207,2	48,0	'54-'68		
Frankreich	85,5	6,1	79,4	'59-'72		
Großbritan.	135,5	-4,4	139,8	'60;'70-'73; u.'77-'81		
UdSSR	130,6	109,7	20,9	'72-'79;'88		
Jugoslawien	377,3	52,6	324,7	'54-'72	'67	'74-'84
Polen	790,5	468,9	321,6	'78ff		
Rumänien	237,0	165,7	71,3	'87ff		
Österreich	228,7	7,4	221,3	'57-'72;'79		
Italien	425,3	-11,7	437,0	'57-'72	'67;'79	'74-'84
Türkei	900,6	1,4	899,2	'61-'74;'67;'75f;'82ff u.'77-'81;'86ff		
Griechenland	95,9	-0,3	96,2	'60-'72		'74-'84
Spanien	80,9	-4,2	85,1	'60-'73	'66f	'74ff
Portugal	67,5	0,4	67,1	'65-'73		'74-'84
Ungarn	21,4	2,6	18,8	'57		
CSSR	76,6	30,4	46,2	'65-'69		
Iran	73,4	3,6	69,8	'80;'85ff		

Anmerkung und Quelle: wie Tabelle 1

Die mit größeren Zahlen beteiligten Länder gruppieren sich eindeutig. Die USA, Canada und Australien spielen bei den Deutschen nur als Zielgebiete der Nachkriegsauswanderung eine erwähnenswerte Rolle. Der Wanderungssaldo der Ausländer gegenüber den USA jedoch fällt (wenn auch nur mit einem jährlichen Schnitt 3,2 Tsd.) positiv aus; man kann annehmen, daß es sich dabei vorwiegend um Angehörige der amerikanischen Streitkräfte und deren Familien handelt, so daß deren Abwanderung auch künftig vorauszusehen wäre.

Im Gegensatz zu diesen Zielgebieten ist die Wanderungsbilanz der Bundesrepublik gegenüber Frankreich, Großbritannien und der Sowjetunion insgesamt positiv. Sie sind seit 1957 und insbesondere bis 1965 an der Außenwanderung der Bundesrepublik beteiligt. Die Zuwanderung von 55 Tsd. Deutschen von 1957 bis 1986 aus der UdSSR bedarf kaum einer besonderen Erklärung und die von 10 Tsd. Ausländern (davon 7 Tsd. zwischen 1974 und 1979) vielleicht auch nicht. Beide Bewegungen beruhen auf Push-Faktoren. Immerhin ist es nicht unzweckmäßig daran zu erinnern, daß auch dieser "Wanderungsstrom" seine Geschichte hat. In dieser Zeit (für die Sowjetunion kommt infolge der Aussiedlerwanderungen noch die Periode 1974-79 und die neueste Zeit, für Großbritannien die Zeit um 1977-81 hinzu) sind aus den drei Ländern zusammen 195 Tsd. Ausländer zugewandert, insgesamt sind es 240 Tsd. Personen ausländischer Staatsangehörigkeit. Daran ist Großbritannien mit 140 Tsd. beteiligt. Die zweite Einwanderungswelle aus Großbritannien 1977-81 (mit einem positiven jährlichen Saldo für die Bundesrepublik von immerhin 28 Tsd.) ist so nicht zu erklären; auch der Beginn der Ölförderung 1975 paßt nicht in das Bild.

Schon hier kann vermerkt werden, daß die gemeinsame Beteiligung an der Europäischen Gemeinschaft (EWG seit 1958, GB seit 1973) die internationale Wanderung offensichtlich nicht stimuliert, sondern eher vermindert: Die Zuwanderung aus Frankreich (mit einem Jahresdurchschnitt von 7 Tsd. Deutschen und 59 Tsd. Ausländern in den Jahren des intensivsten Austauschs) und auch die aus Großbritannien fiel im wesentlichen (mit einem negativen Wanderungssaldo von 3 Tsd. p.a. der Deutschen, aber einem positiven Saldo von 70 Tsd. Ausländern) in die Jahre vor der Wirtschaftskrise 1973, also

in die Zeit der Vollbeschäftigung und des wirtschaftlich bedingten Einwanderungsbedarfs in der Bundesrepublik. Diese Wanderungsbewegungen verlaufen also parallel und sind von der Zugehörigkeit zur Gemeinschaft unabhängig; die NATO-Beteiligung dauert fort; auch hier muß in erster Linie mit Angehörigen von Mitgliedern der Streitkräfte gerechnet werden.

Die Länder mit der längsten und einer weitgehend kontinuierlichen Wanderungsgeschichte gegenüber der Bundesrepublik Deutschland sind zunächst Polen und Jugoslawien (seit 1954), dann Italien (seit 1957), endlich die Türkei, Spanien, Griechenland (seit 1960/61) und Portugal (seit 1965).

Das Volumen der Einwanderung aus Jugoslawien (vgl. Anm. 4) ist bis 1973 mit einem Saldo von insgesamt 106 Tsd. (je etwa zur Hälfte Deutsche und Ausländer) über 30 Jahre nicht übermäßig. Die Bilanz weist einen Überschuß von 325 Tsd. Einwanderern jugoslawischer Staatsangehörigkeit und von 53 Tsd. Deutschen aus. Die Zuwanderung der Deutschen beschränkt sich auf die Zeit bis 1973. Ein großer Teil der jugoslawischen Zuwanderer ist bis 1984 (mit 208 Tsd.) wieder abgewandert; erst 1985 war der Saldo wieder positiv. Die Ausländerwanderung gegenüber Jugoslawien folgt in ihren Schwankungen exakt dem pull-push-Schema, das von der wirtschaftlichen Situation der Bundesrepublik bestimmt ist; sie kann also als rein wirtschaftlich bedingt begriffen werden.

Die Einwanderung aus Polen (mit einem positiven Saldo von 164 Tsd. Ausländern bis Mitte der 80er Jahre) hat zwei Perioden; erst in der zweiten - seit 1975 - sind neben Deutschen auch in größerer Zahl (148 Tsd.) Polen zugewandert. In den letzten Jahren hat diese Zuwanderung stark zugenommen. Für diesen Wanderungsstrom kann wohl nur die push-These angeführt werden: Die Wanderung ist vorwiegend aus der - zunächst politischen, jetzt wirtschaftlichen Lage Polens zu erklären.

Für Rumänien und Italien ist ihre Wanderungsbeziehung zur Bundesrepublik im Umfang ähnlich und vergleichbar lang. Die 71 Tsd. Ausländer aus Rumänien sind jedoch fast alle erst nach 1970, seit 1987 verstärkt zugewandert - zunächst etwa 3 Tsd., jetzt ein Mehrfaches davon im Jahr. Den größeren Teil des Wanderungsstroms machen hier - wie aus der UdSSR, insbesondere aber aus Polen - die Aussiedler aus. Diese Wanderungsströme sind - trotz des großen Wirtschaftsgefälles - nicht allein wirtschaftlich zu erklären.

Italien ist an allen Wanderungsperioden der Bundesrepublik beteiligt. Zwischen 1957 und 1973 war der Wanderungsgewinn (mit 573 Tsd. Ausländern) beträchtlich; von etwa 45 Tsd. im Jahr ging er nach 1966 auf 32 Tsd. zurück. Dieser Vorgang kann weitgehend als Wirtschafterscheinung (pull-Periode) gedeutet werden. - Die seither in den meisten Jahren überwiegende Abwanderung wurde allerdings 1977-1980 durch einen erneuten Einwanderungsüberschuß (mit immerhin 38 Tsd. Personen) unterbrochen. Das ist die gleiche Periode, in der auch aus Großbritannien wieder Ausländer zugewandert sind. In beiden Fällen kann weder ein bundesdeutscher Pull-Effekt noch ein Push der Herkunftsländer angenommen werden; die Frage wäre genauerer Untersuchung wert. Jedenfalls versiegen beide Wanderungsströme gerade zu dem Zeitpunkt, in dem die bundesdeutsche Wirtschaft wieder größere Wachstumsraten aufzuweisen beginnt.

Eine These, der nachzugehen vielleicht lohnen würde, könnte daran anknüpfen, daß auch in den hier betroffenen Herkunftsländern zur gleichen Zeit die wirtschaftlichen Zuwachsraten anstiegen. Das würde darauf hinweisen, daß Wanderungen innerhalb der Gemeinschaft umso mehr abnehmen, je gleichmäßiger die Wirtschaftsentwicklung in den

beteiligten Ländern ist. Der Niveauunterschied wäre dann von geringerer Bedeutung für das Wanderungsgeschehen als die Möglichkeit der Lebenssicherung im Heimatland. Eine solche These würde sowohl den Beobachtungen einer zunehmenden Tendenz zur Selbsthaftigkeit (also eines steigenden Gewichts der Heimatbindung gegenüber dem Wirtschaftsvorteil des Wohnortswechsels) entsprechen als auch den politischen Intentionen beider Seiten entgegenkommen.

Die Wanderungsgeschichte der Türkei mit der Bundesrepublik ist am weitesten bekannt: Sie beginnt 1960 (mit einem Saldo von 25 Tsd. Zuwanderern im ersten Jahrzehnt), intensiviert sich in den Jahren 1970-1974 (auf 35 Tsd. im Schnitt), hat ihren Höhepunkt in der Zeit der Familienzusammenführung (1978-1981 mit einem Saldo von 76 Tsd. Personen) und schlägt dann in Abwanderung (von 77 Tsd. p. saldo et p.a.) um. Sie ist das bevorzugte Objekt der Außenwanderungspolitik - und ein Beispiel dafür, daß wirtschaftliche Argumente nur den einen Teil der Erklärung für das Wanderungsgeschehen zu liefern vermögen.

Von besonderem Interesse ist die letzte Ländergruppe: Es handelt sich um die Neumitglieder der Europäischen Gemeinschaft (Griechenland seit 1981, Spanien und Portugal seit 1986). Die Zuwanderung setzt für Griechenland und Spanien 1960, für Portugal 1964 ein und ist für alle drei Länder seither kontinuierlich und ähnlich. Bis 1973/74 ist die Wanderungsbilanz positiv, danach negativ; nur nach Griechenland setzt bereits 1966/67 eine Rückwanderungswelle ein. Nach 1973/4 ist die Rückwanderung nach Griechenland und nach Spanien (mit 28 resp. 25 Tsd. p.s.p.a.) erheblich, nach Portugal zunächst mäßig. Dorthin steigert sie sich seit 1983, während sie nach Spanien um 1979, nach Griechenland um 1982 deutlich abnimmt. Familienzusammenführung scheint in diesen Fällen weniger angesagt. In Spanien tritt 1976 das neue Regime an; das mag die hohe Rückwanderungsquote 1974-1978 erklären. Aber der Gesamtsaldo steht 1986 nach 22 Wanderungsjahren doch bei einem Überschuß von 42 Tsd. Personen in der Bundesrepublik. Bei Portugal sind es sogar 47 Tsd.; bei Griechenland ist der Saldo dagegen negativ. Der Beitritt zur Europäischen Gemeinschaft wirkt sich dort allenfalls in einer verminderten Rückwanderung aus. Die Konsequenzen des Beitritts (1986) für Spanien und Portugal sind allerdings erst noch abzuwarten; aber die bisherige Wanderungsgeschichte läßt nicht vermuten, daß die weitere davon wesentlich beeinflußt werden könnte.

Es sollen endlich noch einige Sonderfälle erwähnt werden, die nicht in das vorige Schema passen. Der Wanderungssaldo mit Ungarn überschritt nur in einem Jahr die Abschneidungsgrenze von 5 Tsd. Fällen p.a.; das war 1957. Die Zuwanderung aus der CSSR war während der Jahre 1957 bis 1966 in sechs Kalenderjahren erwähnenswert; daran waren doppelt so viele Deutsche wie Ausländer beteiligt. Und aus dem Iran wanderten in fünf Jahren zwischen 1979 und 1986 per Saldo fast 69 Tsd. Menschen zu; der Ayatollah Khomeini war im Februar 1979 zurückgekehrt.

3.2 Künftige Europäische Wanderungen: Wanderungserwartung für den Europäischen Binnenmarkt 1993

Die vorliegenden Beobachtungen sprechen dagegen, daß der Beitritt eines Landes zur Europäischen Gemeinschaft eine gesteigerte Mobilität auslöst. Es trifft zwar zu, daß der gemeinsame Binnenmarkt ab 1993 die Lebensbedingungen insgesamt erheblich beeinflussen wird, aber da einerseits die Freizügigkeit der Arbeitskräfte bereits gegeben ist und andererseits die Beibehaltung der Eigenheiten der Länder und die Förderung der

wirtschaftlich weniger modernisierten Länder und Gebiete konsensuell wesentliche Punkte des Programms sind, ist kaum mit neuen Wanderungsimpulsen zu rechnen. Der Binnenmarkt betrifft mehr die Produktions-, Handels- und Transportbedingungen als die Lebensbedingungen und wird diese vermutlich erst allmählich und wenn auch relativ, so doch letztlich in allen Ländern der Gemeinschaft anheben. Die Wirkungen für die Unternehmensführungen sind jedenfalls unmittelbarer und erheblicher, und es wird zweifellos zu verschärften Konkurrenzbedingungen kommen. Dadurch werden sicher auch eine gesteigerte Erwerbsmobilität und erhöhte Erwerbslosigkeitsrisiken ausgelöst. Aber ob diese zu einer erheblichen und vermehrten internationalen Wanderung führen werden, erscheint doch eher zweifelhaft.

Zwar sind die Bedingungen der Freizügigkeit auch der Arbeitskräfte unter den bisherigen Regelungen der EG nicht mit denen ab 1993 zu vergleichen; aber der Unterschied betrifft doch weit mehr noch die erweiterte Freizügigkeit der betrieblichen Niederlassung als die der Wohnsitzwahl von Individuen und Familien. Der Wohnsitzwechsel zwischen Ländern war bisher nach dem EG-Beitritt auch bei anhaltendem Wirtschaftsgefälle zwischen Ziel- und Herkunftsgebieten eher geringer als jeweils vor dem Beitritt; das bedeutet, daß der Beitritt für die Arbeitnehmer eher mit einer verstärkten Erwerbserwartung im Heimatland verbunden war. Die Frage reduziert sich also darauf, ob durch eine mögliche Gründung oder Verlagerung von Betrieben nach 1993 zusätzliche Wanderungsimpulse ausgelöst werden könnten. Ich neige dazu, diese Frage zu verneinen. Denn solche Betriebe rechnen eher damit, einen zusätzlichen Markt oder am neuen Standort andere - sei es billigere oder qualifiziertere - Arbeitskräfte zu erreichen. Der Anteil der aus dem Herkunftsgebiet mitzunehmenden Arbeitnehmer würde sich dann in Grenzen halten. Im übrigen ist die Diskussion über Betriebsverlagerungen als Folge des Binnenmarktes in letzter Zeit eher abgeflaut. Sie hatte auch z.T. den Charakter von Drohgebärden zur Durchsetzung von günstigeren Tarifabschlüssen am bisherigen Standort. Der erwünschte Effekt ist aber nur in den seltensten Fällen eingetreten. Und bei genauerer Kalkulation erschien meist eine Betriebsverlagerung als weniger vorteilhaft als dies in der Diskussion behauptet worden war. Zwar hat es in beträchtlichem Ausmaß Betriebsgründungen in anderen Ländern der EG gegeben; aber diese richteten sich gerade auf Vorteile bei den Lohn- und Lebenshaltungskosten und kalkulierten nicht in größerem Maße Wanderungen von Arbeitnehmern ein. Deshalb dürfte die Stimulierung von Wanderungen durch die Verwirklichung des Binnenmarktes nur begrenzt sein.

Ob es andere Wanderungsanlässe geben mag - etwa wegen des Gefälles von Sozialleistungen oder aus Drittländern - ist eine andere Frage. Für sie gilt, daß jedenfalls von Seiten der Bundesrepublik alles mögliche getan wird, um solchen Entwicklungen vorzubeugen.

Die viel diskutierte Möglichkeit einer verstärkten "Sozialwanderung" beruht auf den zwischen den Ländern der Gemeinschaft bestehenden Unterschieden in den Bedingungen der sozialen Versorgung von Familienangehörigen, Erwerbsunfähigen, Arbeitslosen und Rentnern; sie lassen bereits jetzt deutliche Reaktionen bei der Wahl der Wohnsitze erkennen. Die Sozialleistungen sind unterschiedlich transferierbar und "exportierbar". Es liegt nahe, daß man sich die Rechte in denjenigen Ländern zu sichern sucht, in denen die Sozialleistungen am höchsten sind, daß man aber den Wohnsitz in den Heimatländern anstrebt - oder in solchen Ländern, in denen die Lebenshaltungskosten vergleichsweise niedrig liegen. Das führt dazu, daß Kindergelder, Renten und Sozialhilfen in einem Lande gezahlt, in einem anderen verbraucht werden können. Rentenansprüche sind z.Zt. noch akkumulierbar, so daß sich (besonders wegen der in einigen Ländern

bestehenden Mindestgrenzen) für "Wanderarbeiter" vorerst noch Gesamtrenten ergeben können, die über dem Erwerbseinkommen liegen. Die Europäische Kommission strebt die volle Transferierbarkeit auch der Sozialleistungen an; es ergeben sich daraus jedoch Einkommensunterschiede namentlich in den Ländern niedrigerer Lebenshaltungskosten, die nicht intendiert sein können. Insbesondere wird befürchtet, daß Personen sich als Zuwanderer in Ländern höherer Sätze der Regelungen Sozialer Sicherheit (z.B. als Arbeitslose) Rechte zu verschaffen versuchen, die sie in anderen Ländern zu verbrauchen gedenken. Die Wahrscheinlichkeit solcher Entwicklungen hängt an den noch ausstehenden Entscheidungen des Europäischen Rates.

Man kann die weitere Wanderungserwartung auch aus dem eigenen Arbeitskräftebedarf (Pull) begründen. Angesichts der anhaltenden Tendenz zum Bevölkerungsrückgang bei der deutschen Bevölkerung der Bundesrepublik hat sich unter Sozialwissenschaftlern die Ansicht verbreitet, daß gegen Ende des gerade begonnenen Jahrzehnts mit einer neuen Einwanderungswelle zu rechnen sei. Diese These wird auch durch die Zuwanderung der Aus- und Übersiedler (und durch den deutschen Einigungsprozeß) nicht in Frage gestellt, weil jedenfalls die Bevölkerung der neuen Bundesländer einen ähnlichen Altersaufbau ausweist wie die bisherige Bundesbevölkerung: Der gegenwärtige Zuwachs an Erwerbspersonen muß in naher Zukunft bewältigt werden; in absehbarer Zeit (in zehn bis zwanzig Jahren) schrumpft aber das Erwerbspotential auch der Gesamtbevölkerung Deutschlands. Es könnte daher zu einem Mangel an Arbeitskräften kommen, eine (im Durchschnitt der Jahre) kontinuierlich positive Wirtschaftsentwicklung vorausgesetzt.

Diese Überlegung berücksichtigt jedoch nicht in ausreichendem Maße das hohe Niveau der weiblichen Erwerbstätigkeit in der früheren DDR und den entsprechenden Erwartungsdruck der Frauen in den neuen Bundesländern und auch der Übersiedlerinnen und auch nicht die steigende Tendenz der weiblichen (und die rückläufige Tendenz der männlichen) Erwerbstätigkeit in der Bundesrepublik Deutschland. Ich habe deshalb eine Modellrechnung durchgeführt (vgl. Mackensen 1990), deren Ergebnis ich hier kurz mitteilen will (s. Anm. 2). Extrapoliert man für die Bundesrepublik Deutschland die Veränderungen der altersspezifischen Erwerbsbeteiligung der Männer und Frauen aus der Zeit 1980-1986 für weitere fünfzehn Jahre, so ergibt sich insgesamt keine Verringerung des Erwerbspotentials - also auch (aus diesem Grunde) kein Arbeitskräftebedarf und kein Wanderungssog. Legt man weiterhin die Erwerbslosigkeitsquoten von 1986 als gleichbleibend zugrunde, so bleiben sowohl Erwerbstätigkeit wie Erwerbslosigkeit bis um 2005 einigermaßen konstant; ein Arbeitskräftebedarf entsteht also nicht. Daraus ergibt sich schließlich, daß bei erfolgreicher Bemühungen um einen Abbau der Erwerbslosigkeit das eigene Erwerbspotential sogar ansteigen würde - was den Zuwanderungssog weiter vermindern müßte.

Die künftige Zuwanderungserwartung ergibt sich für Deutschland also nicht (als Sog) aus den demographischen Bedingungen, sondern allenfalls aus den qualitativen Anforderungen des Arbeitsmarktes (was auf einen Mangel an entsprechend qualifizierten Erwerbspotentialen in den potentiellen Quellländern treffen dürfte) - oder aber (als Druck) aus den demographischen, politischen und den wirtschaftlichen Bedingungen möglicher Auswanderungsländer. Dieser Druck allerdings dürfte erheblich sein und sich verstärken - das verbleibende Aussiedlerpotential ist nur ein Teil davon.

Das DIW hat (durch E. Schulz) eine eigene Modellrechnung durchgeführt, die sich mit den Konsequenzen der Aus- und Übersiedler-Einwanderung von 1989 in die Bundesrepublik Deutschland befaßt. Die Annahmen für die weitere Einwanderung in die Bundesrepublik sind heroisch (hoch) angesetzt; eine Modellvariante berücksichtigt die

zunehmende weibliche Erwerbstätigkeit (in m.E. zu geringem Ausmaß). Auch diese Studie kommt zu dem Ergebnis, daß diese Zuwanderungen den Bevölkerungsrückgang in den BRD nur aufschieben, vielleicht um ein Jahrzehnt. Für 2000 wird dort (aber mit beträchtlichen weiteren Einwanderungen in den 90er Jahren) eine um etwa 5 Mio. gewachsene Bundesbevölkerung ermittelt - einschließlich von 7 Mio. Ausländern. Danach aber schwenkt die Entwicklung in das bekannte Schrumpfungsschema ein. Das ist eine Ursache einerseits der von der bundesdeutschen in den fraglichen Altersgruppen nur geringfügig abweichenden Altersstruktur der Zuwanderer, andererseits der bei ihnen ebenso niedrigen Fruchtbarkeit. Zwar sind die Aussiedler etwas, die Übersiedler im Schnitt erheblich jünger als der Durchschnitt der Bundesdeutschen, aber die starken Zuwanderungsjahrgänge verstärken eben lediglich die starken Jahrgänge gleicher Altersgruppen in den alten Bundesländern; sie erhöhen damit einmalig das Arbeitskräftepotential und infolgedessen auch die Geburtenzahlen für einige Jahre. Die so ausgelöste Bevölkerungswelle ist aber zu schwach, um sich langfristig als Trendwende durchsetzen zu können. Für eine solche müßte schon mit einer dauerhaften Zuwanderung immer neuer junger Bevölkerungen gerechnet werden (was das DIW sogar tut - es kann aber dennoch langfristig keine ausreichende Wirkung nachweisen, die einer Vermeidung des Bevölkerungsrückgangs gleichkäme).

Jedenfalls: Von einem Bedarf an Einwanderern wäre unter diesen Umständen garnicht zu reden. Dieser würde allenfalls nur dann entstehen, wenn der Arbeitsmarkt im gesamten Deutschland noch stärker und dauerhaft expandieren sollte. Das will ich nicht ausschließen; glauben kann ich es auch nicht. Und: ein Einwanderungsbedarf entsteht auch dann nicht, wenn die Erwerbslosigkeit spürbar vermindert werden könnte; denn dann steigt die Zahl der Erwerbstätigen absolut - der Arbeitsmarkt expandiert. Es ist aber nicht anzunehmen, daß eine weitere Zuwanderung allein aus Gründen der wirtschaftlichen Expansion gefördert werden würde. Denn diese müßte im Gemeinsamen Markt doch wohl eher anderen zugute kommen - und außerhalb der Europäischen Gemeinschaft wäre sie dringend erforderlich.

Denn: Die Bundesrepublik Deutschland ist eben doch kein Einwanderungsland. Von einem Bedarf an zusätzlichen Arbeitskräften aus Einwanderung könnte nur hinsichtlich einfacherer Tätigkeiten die Rede sein, die auch aus dem deutschen Arbeitslosenpotential nicht mehr angenommen werden. Eine darauf gerichtete Einwanderungspolitik käme aber der "Unterschichtung" gleich, den Hoffmann-Nowotny für die Schweiz konstatiert hat. Eine derartige Politik würde - auch angesichts des Arbeitspotentials der neuen Bundesländer - sicherlich auf sowohl inneren wie äußeren Widerstand stoßen.

Ob Deutschland nicht dessen ungeachtet wie bisher auch weiterhin einen Einwanderungsüberschuß erfahren wird, ist eine ganz andere Frage. Daran wird sich wohl so bald nichts ändern, nämlich als Folge des Wanderungsschubs aus Gebieten geringeren Lebensstandards außerhalb der EG. Die Einwanderungsströme werden politisch unterschiedlich beurteilt - und auch künftig entsprechend behandelt werden.

4. Der Sonderfall Deutschland

4.1 Kleine Wanderungsgeschichte der Bundesrepublik Deutschland 1951-1988

Die Bundesrepublik Deutschland ist - empirisch betrachtet - eben doch ein Einwanderungsland. Sie hat in der Zeit von 1951 bis 1988 einen positiven Außenwanderungssaldo von fast 7 Millionen Menschen ausgewiesen, im Durchschnitt der 38 Jahre einen Wanderungsgewinn von mehr als 180 Tausend Personen im Jahr (s. Tabelle 1; vgl. Anm. 2). Es ist daher - ungeachtet der unterschiedlichen Wanderungsarten und ihrer wechselnden Intensität - nicht unrealistisch, eine Fortdauer dieses Prozesses ins Auge zu fassen. Die politischen Differenzierungen der unterschiedlichen Wanderungsströme können dabei zunächst zurückgestellt werden; allein die wirtschaftlichen Bedingungen und die demographischen und sozialen Konsequenzen des Gesamtprozesses sind dabei von Interesse.

Tabelle 3: Umfang und Intensität der Außenwanderungen der Bundesrepublik Deutschland 1951-1988

Jahre	Wanderungs-		Intensität V/S	Wanderungs-		Intensität V/S
	Volumen	Saldo		Volumen	Saldo	
		Deutsche		Ausländer		
1951-53	70,5	-24,9	2,8	60,2	-18,2	3,3
1954-61	2.033,8	1.587,4	1,3	3.310,8	500,8	6,6
1962-66	518,6	163,8	3,2	5.318,9	1.034,1	5,1
1967	179,5	18,9	9,5	861,1	-195,7	4,4
1968-73	669,0	195,7	3,4	8.086,3	2.427,5	3,3
1974-77	599,1	159,7	3,8	3.894,5	-408,9	8,1
1978-81	702,1	260,7	2,7	3.714,2	564,8	6,6
1982-84	500,7	127,1	3,9	2.342,6	-471,0	5,0
1985-88	881,1	375,9	2,3	3.412,7	593,7	5,7
zus.	6.154,4	2.864,3	2,1	31.001,3	4.027,1	7,7

Anmerkungen: Wanderungsvolumen = Summe der absoluten Beträge der Fort- und Zuzüge; Wanderungssaldo = Differenz der Fort- und Zuzüge; Intensität = Quotient aus Volumen und Saldo

Quelle: Eigene Berechnungen aus den Quellen wie Tabelle 1

Bemerkenswert ist, daß der Wanderungssaldo aus der Zu- und Abwanderung der Deutschen (Flüchtlinge, Vertriebene, Aus- und Übersiedler) über den gesamten Zeitraum seit 1954 für jeden Zeitabschnitt positiv ist; bei der Ausländerwanderung wechseln Perioden mit positiven und negativen Salden einander ab. Neben 2,9 Mio. Deutschen sind per Saldo 4,0 Mio. Ausländer zugewandert - im Durchschnitt der Jahre über 75 Tsd. Deutsche, also drei Viertel der 106 Tsd. Ausländer. Das Wanderungsvolumen (Summe aller Ein- und Auswanderungsfälle) der Deutschen aber macht 6 Mio., das der Ausländer 31 Mio. Wanderungsfälle aus (siehe Tab.3). Es trägt bei den Deutschen das Doppelte, bei den Ausländern das 7,7-fache des Saldos. Daran zeigt sich die hohe Fluktuation der Ausländerbevölkerung. Nur 1967 erreicht diese Meßziffer bei den Deutschen einen hohen Wert (9,5): In diesem Jahr sind fast so viele Deutsche aus- wie eingewandert. Die nachfolgende Periode '68-'73 ist mit über 8 Mio. Wanderungsfällen die Zeit des höchsten Wanderungsvolumens der Ausländer. Fast die doppelte Zahl der Fortzüge von ihnen ist eingewandert. Aber erst danach - '74-'77 - erreicht das Verhältnis zwischen Volumen und Saldo für sie den höchsten Wert (8,1): Die Fluktuation erreicht ihren Höhepunkt in der Zeit der Familienzusammenführung. Danach sinken deren

Werte wieder, behalten jedoch immer noch Werte, die das Doppelte der deutschen Fluktuation übertreffen: Das Rotationsmodell der Wanderungspolitik wurde erst wirksam, als es längst fallengelassen war.

Die Ursachen liegen auf der Hand: Ab 1962 kommen die Verträge zur Anwerbung von ausländischen Arbeitskräften erst voll zum Zuge; vor der Krise von 1967 wird ein Wanderungsgewinn von im Durchschnitt 207, danach in den Jahren 1968-1973 sogar von über 405 Tsd. Personen erreicht. Dann folgen vier Jahre mit einem Abwanderungsüberschuß von 102 Tsd. Personen bei den Ausländern, ehe 1978-1981 der Familienzuzug bei ihnen wieder zu einem Wanderungsgewinn von über 141 Tsd. Personen im Jahr führt. Die nachfolgende Phase 1982-1984 ist von der - mit 157 Tsd. Personen jährlich - überwiegenden Rückwanderung geprägt; seit 1985 ist die Bilanz wieder positiv, mit durchschnittlich 150 Tsd. Ausländern bis 1988 im Jahr sogar beträchtlich. Hinzukommen nun deutsche Einwanderer in einer Größenordnung, die bis 1988 bereits mit 94 Tsd. jährlich fast die Hälfte der stärksten Zuwanderungsjahre von Deutschen (1954-1961) erreicht.

In den Schwankungen spiegelt sich die wechselhafte Ausländer- und Wanderungspolitik. Unterhalb der dadurch bedingten Veränderungen im Wanderungsergebnis zeichnen sich langfristige Perioden ab (vgl. Mackensen 1979). Die Zeit bis 1954-61 ist noch durch die Nachwirkungen des Krieges, damit - nach der Auswanderungswelle der vorhergehenden Jahre - durch einen Zuwanderungsüberschuß der Deutschen gekennzeichnet. Er ergibt über diese Jahre einen Wanderungsgewinn von im Durchschnitt über 198 Tsd. Personen. In dieser Zeit ist auch der Wanderungssaldo der Ausländer insgesamt (mit durchschnittlich 63 Tsd. Personen) positiv; er folgt der Periode der Abwanderung von Ausländern bis 1953. Mitte der 50er Jahre erreicht die Vollbeschäftigung einen Grad, der die Zuwanderung begünstigt.

Aber erst seit 1961 wirken sich die Maßnahmen zu ihrer systematischen Förderung in großem Maßstabe aus. Ab 1962 erreicht die Zuwanderung der Ausländer (mit fast 207 Tsd. Personen im Durchschnitt der Jahre) ein Ausmaß, das die deutsche Zuwanderung vorher (mit einem Schnitt von 198 Tsd. Personen jährlich) sogar übersteigt. Die bundesdeutsche Wirtschaft war auf Expansion angelegt. Nach der Zeit des Wiederaufbaus (bis etwa 1956) war sie technisch vergleichsweise modern ausgestattet und setzte mehr auf eine Steigerung der Produktion durch Vergrößerung des Absatzes und der Anlagen als durch Erhöhung der Produktivität, also Rationalisierung. Die Folgen waren zunächst die Suche nach neuen (besonders: ländlichen) Standorten, an denen "Arbeitskraftreserven" vermutet wurden und erschlossen werden sollten; nach dem Scheitern dieser Bemühungen verstärkte sich der Ruf nach weiteren Einwanderungen; nur das Jahr 1967 unterbrach diesen Trend. Erst die Krise von 1973 machte dem ein Ende, wirtschaftlich wie politisch. Die Strategie des produzierenden Gewerbes wurde jetzt von derjenigen der quantitativen Expansion vorrangig auf Produktivitätssteigerungen umgestellt; die Zahl der Arbeitslosen springt von knapp 600 Tsd. 1974 auf über 1 Mio 1975 und steigt in den nachfolgenden Jahren. Erst nach der Mitte der 80er Jahre stagnieren die Zahlen der Arbeitslosen, gegen Ende des Jahrzehnts beginnen sie zu schrumpfen. Der Wanderungseffekt ist daher seit 1974 bis 1984 für die Ausländer negativ; unterbrochen wird diese Entwicklung durch eine expansive Phase 1978-1981, die bereits bei der Zuwanderung der Engländer und der Türken auffiel. Für die Deutschen bleibt der Wanderungsgewinn bis 1984 (um 40 Tsd. jährlich im Durchschnitt vor 1977 wie nach 1982) einigermaßen konstant; die Periode 1978-1981 zeigt auch hier größere Gewinne.

Die Wanderungstheorie (vgl. Mackensen 1982) unterscheidet gerne unter wanderungsbedingenden Faktoren als "Push" und "Pull": Hier ist beides offensichtlich. Nur in der Periode 1962-1973 kann von einem eindeutigen Pull-Effekt gesprochen werden, unterbrochen lediglich durch das Krisenjahr 1967: Die Grenzen des inländischen Arbeitsmarktes waren erreicht. Vorher (mindestens seit 1954) und nachher muß aus der Sicht der Bundesrepublik eher von Push- Effekten gesprochen werden: Die Ursachen der Zuwanderung liegen wesentlich in den Herkunftsgebieten; ein Einwanderungsbedarf bestand in diesen Zeitspannen nicht.

4.2 Die Wanderungen in Deutschland "nach dem Fall des Eisernen Vorhangs"

Über die neueste Entwicklung der Wanderungen in das bisherige Gebiet der Bundesrepublik Deutschland liegen bis jetzt nur unvollständige Veröffentlichungen vor. Die Ergebnisse der internationalen Wanderungen sind nur bis 1988 veröffentlicht; über die innerdeutschen Wanderungen berichten die Institute selektiv (BfLR, BIB, DIW, IASA; StJbBRD 1990). Gerade die Außenwanderungen der Ausländer seit 1989 wären von großem Interesse; ob sie als Asylbewerber oder als Arbeitsverpflichtete einreisen, ist hier von geringerem Interesse - der Effekt ist der gleiche. Die größten Wanderungsbewegungen werden aber in letzter Zeit von Deutschen bestritten. Es geht hierbei nicht nur um Aus- und Übersiedler. Auch ohne diese war, wie wir gesehen haben, zwischen 1962 und 1984 ein jährlicher Zuzug von etwa 30 bis 40 Tsd. Deutschen zu beobachten. Nur ein Teil von ihnen kann den Aus- und Übersiedlern im eigentlichen Sinne zugerechnet werden (siehe aber die neuen Zahlen des StBAs, Tab. 6 unten); auch aus anderen Gebieten als denen Ost- und Südosteuropas ("Aussiedler") und aus früheren Auswanderungswellen sind Deutsche in die Bundesrepublik zurückgekehrt.

Von "Übersiedlern" wird erst seit 1989 gesprochen; der Ausdruck ist daher eigentlich der jüngsten innerdeutschen Wanderung zwischen des ehemaligen Staatsgebieten der BRD und der DDR vorzubehalten. Er hat nur in dem Maße eine Berechtigung, wie diesem Personenkreis spezielle Hilfen zugewendet wurden; das war zwar auch früher der Fall, in besonderem Maße aber in der Zeit zwischen dem Oktober 1989 bis zum 30.6.90. Das StBA rechnet jedoch neuerdings die gesamte Zuwanderung aus der DDR in die BRD bis zum 1.7.90 unter diesen Terminus (vgl. unten Tab.10).

In den Jahren 1985-88 sind 2 Mio. Ausländer in die Bundesrepublik zugewandert; das ist - auch im Jahresdurchschnitt - mehr als das Doppelte der vorhergehenden Periode 1982-84. In diesen Jahren haben 1,4 Mio. Ausländer die Bundesrepublik verlassen; das sind ebensoviel - auch im Jahresdurchschnitt - wie in der Vorperiode. Der beträchtliche Wanderungsgewinn hat sowohl mit der steigenden wirtschaftlichen Konjunktur wie auch mit der Zunahme der Asylanten zu tun; deren Zuwanderung ist - neben wirtschaftlichen Gründen - auch der politischen Instabilität der Herkunftsländer zuzuschreiben.

Ihnen ist ein erheblicher Anteil der Zunahme der Ausländerzuwanderung der letzten Jahre zuzuschreiben (siehe Tab.4).

Tabelle 4: Asylbewerber nach Herkunftsländern 1988/89

Herkunftsländer	1988	1989	Anerkennung %
Polen	29.023	26.092	1,1 %
Jugoslawien	20.812	19.423	0,4 %
Türkei	14.873	20.020	4,3 %
Sri Lanka	3.383	7.758	
Libanon	4.233	6.240	
Iran	7.867	5.768	
andere	22.885	36.017	
Asylbewerber zusammen	103.076	121.318	
Anerkennungsquote %	8,6	5,0	

Quelle: BIB Mitteilungen 11(1990)1 vom 27.3.90, p.15-17 und die von BuMil am 4.1.90 im Parlament genannten Zahlen der Asylbewerber 1989

Bei den geringen Anerkennungsquoten wäre an sich mit einer ins Gewicht fallenden Rückwanderung ("Abschiebung") der übrigen Asylbewerber zu rechnen; es ist jedoch bekannt, daß nur zögernd von dieser Maßnahme Gebrauch gemacht wird. Zur Zeit ist nicht bekannt, wie der Saldo zu beurteilen wäre, d.h. in welchem Maße die Asylbewerber dem Zuwandererüberschuß zuzurechnen sind.

4.2.1 Aussiedler: Die wichtigsten Herkunftsländer

Die Aussiedler sind jedoch wesentlich stärker an den Zuwanderungen der jüngsten Zeit in das alte Bundesgebiet beteiligt, mit mehr als der doppelten Zahl gegenüber den Asylbewerbern; ihre Anzahl ist seit 1987 erheblich angestiegen.

Es ist schon bemerkt worden, daß der Wanderungssaldo der Bundesrepublik für die Deutschen stets - in jedem einzelnen Jahr seit 1954 - positiv war; im Durchschnitt sind jährlich 75 Tsd. Deutsche p.a. mehr zu- als abgewandert. Diese Angaben dürften jedoch unvollständig sein, wenn man die Zuwanderung der Aussiedler damit vergleicht.

Tabelle 5: Registrierte Aussiedler in den Aufnahmelagern 1984- 1989

Jahr	Anzahl
1984	36.459
1985	38.968
1986	42.788
1987	78.523
1988	202.673
1989	377.055

Quelle für 1968-1988: Informationen zur Raumentwicklung 5/1989, p.324; für 1988/89: BIB Mitteilungen 11(1990)1 vom 27.3.90, p.8f und p.15-17 nach Bulletin des Presse und Informationsamtes der Bundesregierung, Nr. 4/1990: Erklärung von Staatssekretär Dr. Horst Waffenschmidt, Beauftragter der Bundesregierung für Aussiedlerfragen, vom 5.1.1989; und nach Inst.f. Arbeits- u. Berufsforschung, Nürnberg

Da Rückwanderungen bei ihnen nicht in Frage kommen, ist die Aufnahme auf den Saldo der Zuwanderung der Deutschen zu beziehen. Das würde bedeuten, daß 363 Tsd. Aussiedler (siehe Tab.5) in der Zeitspanne 1985-88 in diesem Saldo enthalten sein müßten. Da dieser jedoch (s. Tab. 1) nur 94 Tsd. Personen ausmacht, ist zu schließen, daß die Registrierung in den Aufnahmelagern von der amtlichen Statistik nicht als Zuwanderung gewertet wird; vielmehr dürfte dies erst dann der Fall sein, wenn die

Aussiedler aus den Aufnahmelagern in Wohngemeinden zuziehen und dort gemeldet werden. Das aber bedeutet, daß die Zahlen der registrierten Aussiedler erst in den nachfolgenden Jahren - also ab 1989 unter den Zuwanderern auftauchen dürften. Schon aus diesem Grunde ist mit einer erheblichen Zunahme der Zuwanderung Deutscher ab 1989 zu rechnen.

Nur so ist auch zu erklären, daß die Zahlen der Aussiedler in den vorhergehenden Jahren die Zuwanderungszahlen der Herkunftsgebiete erheblich überschreiten (siehe Tabelle 6).

Tabelle 6: Aussiedler nach Herkunftsgebieten

Herkunfts- gebiet	'68-82	'83-87	1988	1989	1968-89
Polen	328.513	134.259	140.226	250.340	853.338
darunter:					
ehem. Ostpr.	54.245	4.864	3.353	8.603	71.065
ehem. Schles.	179.915	54.133	58.079	88.341	380.468
UdSSR	70.304	18.061	47.572	98.134	234.071
Bulgarien	173	46	9	46	274
Jugoslawien	9.655	1.535	223	1.469	12.882
Rumänien	115.474	74.098	12.902	23.387	225.861
CSSR	44.872	4.613	949	2.027	52.461
Ungarn	6.321	2.392	763	1.618	11.094
sonst. Länder	3.057	338	29	34	3.458
zusammen	578.369	235.342	202.673	377.055	1.393.439
Anzahl der Jahre	5	5	1	1	12
Durchschnitt in Tsd.	115,7	47,1	202,7	377,1	116,1

Quelle: StJbBRD 1990, p.74; eigene Zusammenstellung

Die Zuwanderung der Aussiedler aus der UdSSR hat 1989 (im Vergleich zu dem bisherigen Volumen; siehe Tab.1) stark zugenommen; sie hat sich 1990 in mindestens demselben Maße fortgesetzt. Dasselbe gilt - bei bis zu dreifachem Umfang - für Polen. Weniger als die Hälfte von ihnen stammen in den 80er Jahren aus den Gebieten, die ehemals dem Deutschen Reich zugehörten. Die Zuwanderung der Aussiedler aus Rumänien hielt sich noch 1988 in dem Rahmen, der sie seit Anfang der 80er Jahre charakterisierte; für 1989 hat sie sich verdoppelt. Die übrigen Herkunftsgebiete bleiben demgegenüber in Grenzen; die Verdoppelung von 1988 auf 1989 gilt aber auch für sie. Entsprechend ist mit einer Zunahme der Daten in der Einwanderungsstatistik in den nachfolgenden Jahren zu rechnen.

Die Aussiedlerbevölkerung ist deutlich jünger als die einheimische Bevölkerung der Bundesrepublik (siehe Tab.7). Unter 18jährige sind als Kinder von Aussiedlerfamilien anzusehen; darin unterscheidet sich diese Einwanderungsgruppe von anderen, in denen einzelne Arbeitskräfte die Familien übertreffen. Hier ist dementsprechend auch der Anteil der Frauen im Alter der 25-45jährigen ebenso deutlich überhöht wie bei den Männern. Bei beiden sind die älteren Altersgruppen fast genauso deutlich unterrepräsentiert wie bei ausländischen Einwanderern.

Tabelle 7: Aussiedler 1968-1988 nach Geschlecht und Altersgruppen

Von den Aussiedlern in den Jahren waren M/F im Alter von	1968-80	1981-85	1986-88	Anteil '86-88 in % Ende'86	vgl. BRD
Männer	217.708	110.445	151.812	49,38	47,9
unter 6	17.335	8.871	17.035	5,54	3,1
6-<18	51.728	19.338	31.453	10,23	6,6
18-<25	24.305	13.176	15.041	4,89	6,2
25-<45	73.976	40.563	57.806	18,80	14,4
45-<65	35.788	22.165	24.782	8,06	12,4
65 u.ä.	14.576	6.332	5.695	1,85	5,2
Frauen	243.170	119.392	155.652	50,62	52,1
unter 6	16.639	8.250	16.071	5,23	2,9
6-<18	49.207	18.330	28.862	9,39	6,3
18-<25	27.204	15.815	17.915	5,83	5,9
25-<45	72.947	38.055	55.506	18,05	13,7
45-<65	50.874	27.591	28.109	9,14	13,3
65 u.ä.	26.299	11.351	9.189	2,99	10,0

Quelle: siehe Tabelle 5; vgl. auch StJbBRD 1990 (gleiche Zahlenbasis)

Dementsprechend ist auch der Anteil der Nicht-Erwerbspersonen bei den Aussiedlern bedeutend höher als bei den Übersiedlern (siehe Tab. 8). Umgekehrt ist ein erheblicher Teil von ihnen zunächst in Fortbildungs- und Umschulungsmaßnahmen untergebracht, dazu in Deutschkursen. Der Anteil der Erwerbstätigen ist im Vergleich zu demjenigen der Übersiedler gering. Diese Angaben mögen auch für die weitere Zuwanderung von Aussiedlern in etwa gelten; auch insofern handelt es sich um eine besondere Art von Zuwanderung. Die Eingliederung wird mehr Zeit beanspruchen als bei Übersiedlern, wenn auch weniger als bei Ausländern.

Tabelle 8: Aussiedler und Übersiedler 1989 nach der Tätigkeit

Von den Aussiedlern und Übersiedlern 1989 befanden sich am 31.12.89:	Aussiedl.	Übersiedl.	zusammen
in Deutschkursen	46.000		46.000
in Umschulg./Fortbildg.	13.000	2.000	15.000
waren arbeitslos	40.000	114.000	154.000
waren erwerbstätig	89.000	125.000	214.000
waren Nicht-Erwerber (Hausfrauen, Kinder, Rentner u.a.)	189.000	103.000	292.000
zus.	377.000	344.000	721.000

Quelle: siehe Tabelle 5

Bei den Berufsgruppen der Übersiedler (1987/88) fällt der größere Anteil der technischen Berufe (und der Landwirte) auf; bei denen der Aussiedler sind es eher die handwerklichen und Facharbeiterberufe, die bei ihnen mit größerem Anteil vertreten sind (siehe Tab.9). Dienstleistungsberufe sind bei beiden Gruppen geringer vertreten als in der bundesdeutschen Bevölkerung.

Tabelle 9: Erwerbspersonen der Aussiedler und Übersiedler 1987/88 nach Berufsgruppen

darunter Berufe aus	Aussiedler		Übersiedler		vgl. BRD
	Anzahl	Anteil	Anzahl	Anteil	
Land-u. Forstwirtschaft	1.679	1,2	1.622	4,42	1,4
Bergbau	2.729	2,0	45	0,12	0,6
Industrie u. Handwerk	68.332	48,9	14.356	39,12	37,1
technische Berufe	10.982	7,9	3.827	10,43	6,8
Dienstleistungen	54.929	39,3	17.598	47,96	53,9
Erwerbspersonen	139.760		36.693		
Erwerbsquote		51,9		62,4	45,6

Quelle: siehe Tabelle 5

Die Summe der Aussiedler hat noch 1989 die der Übersiedler überschritten. Das wurde lediglich durch die größere Aufmerksamkeit verdeckt, die diesen in den Medien zugewendet worden ist. Für die Beurteilung der weiteren Entwicklung in den alten Bundesländern ist nicht unerheblich, daß auch weiterhin mit beträchtlichen Zuwanderungen von Aussiedlern zu rechnen ist. Die Wanderungseffekte, die aus der zunehmenden westeuropäischen Integration zu erwarten sind, werden in den Konsequenzen für die Entwicklung der Bevölkerung namentlich in den alten Bundesländern von geringerer Bedeutung sein.

4.2.2 Übersiedler: Bilanz der Wanderungen zwischen DDR und BRD und ihrer Fortsetzung seit der Vereinigung

Für die Übersiedler ist die Lage natürlich eine andere; bei ihnen geht es jetzt eher um die relativen wirtschaftlichen Entwicklungsperspektiven der alten und der neuen Bundesländer. Die Übersiedlung aus der DDR in die BRD spielte wegen der bekannten Umstände zwischen 1962 und 1988 nur eine verhältnismäßig geringe Rolle. Immerhin sind die Zahlen in den 80er Jahren auf mehrere Zehntausende angestiegen (siehe Tab. 10).

Tabelle 10: Übersiedler aus der DDR in die BRD 1980-1988

Jahr der Übersiedlung	Anzahl	Anteil
1980	11.982	2
1981	14.504	3
1982	12.800	2
1983	10.703	2
1984	38.655	7
1985	26.346	5
1986	26.191	5
1987	18.961	3
1988	39.832	7
1989	343.854 ¹⁾	63
zusammen 1980-1989	543.828	100

¹⁾ davon nach dem 1.8.89: 298.715; vom 1.1.90 bis zum 15.5. 1990 wurden 179.800 Übersiedler gemeldet; zusammen sind das vom 1.8.89 bis zum 15.5.90: 478.515 Menschen.

Quelle: StB/BRD 1990, p.74

Aus der Entwicklung des Jahres 1990 ist noch wenig bekannt; jedenfalls hat die Übersiedlung in den ersten Monaten des Jahres (bis zum 18.3.90) und nach der Währungsunion (nach dem 1.7.90) ein Ausmaß gehabt, das für das Jahresergebnis Zahlen erwarten läßt, die über denen des Vorjahres liegen. Die Übersiedlerwelle vom Oktober 1989 bis zum März 1990 hatte nahezu ein Volumen von einer halben Mio. Menschen. Seit dem 1.7.90 nahmen die Zahlen wieder zu; mehrfach wurde erwähnt, daß es sich seither um über 10.000 Menschen im Monat handeln sollte. Diese dürften jedoch in noch höherem Maße erwerbstätig sein wie bisher (vgl. Tab. 8); sie füllen offenbar die Lücken der Handwerker, Facharbeiter und Techniker auf dem westdeutschen Arbeitsmarkt. Das ist schon deshalb zu vermuten, weil seit dem 1.7.90 die Beihilfen für Übersiedler fortgefallen sind und auch die Präferenz bei der Vergabe von Wohnungen gestrichen wurde. Das bedeutet, daß die Übersiedler der Gegenwart in der Regel bereits Unterkommen und Berufschance haben dürften, wenn sie sich zum Wohnsitzwechsel entschließen. Dementsprechend entlasten sie den westdeutschen Arbeitsmarkt wie auch schon während der Übersiedlerwelle zum Jahreswechsel 1989/90 - wenn es zu jener Zeit auch noch fragwürdig erscheinen konnte.

Umgekehrt muß man diese Wanderungsbewegung auch aus der Sicht des Herkunftslandes DDR resp. der neuen Bundesländer beurteilen. Einerseits entlastet sie auch den dortigen Arbeitsmarkt, der auch im kommenden Jahr noch tiefgreifende Umstrukturierungen erfahren wird. Andererseits fehlen dort gerade die fachlich, insbesondere handwerklich qualifizierten Übersiedler für einen Neuaufbau der Wirtschaft. Das scheint sich gerade in den nördlichen neuen Bundesländern negativ auszuwirken, die schon bisher überdurchschnittlich von Abwanderungen betroffen waren. Die aus der Abwanderung folgende Verschiebung der Altersstruktur ist offenbar gerade dort derart fortgeschritten, daß sich bereits ein Mangel an Erwerbspersonen die jüngeren Altersgruppen bemerkbar macht. Genaueres wird man darüber aber erst erfahren, wenn die binnendeutsche Wanderungstatistik für das laufende Jahr veröffentlicht wird.

5. Fazit, Erwartung und Forschungsbedarf

Einige allgemeine Schlußfolgerungen lassen sich aus den Informationen und Überlegungen dieses Beitrags ableiten:

- (1) Wanderungsströme sind nicht ausschließlich wirtschaftlich motiviert. In der Wanderungsgeschichte der Bundesrepublik überwiegen bei weitem die anderen Fälle.
- (2) Wanderungsströme sind daher nur zum geringeren Teil direkt manipulierbar, nämlich nur in dem Maße, wie sie auf Pull-Faktoren zurückzuführen sind. In den anderen Fällen ist Wanderungspolitik nur mit Maßnahmen der Ab- und Ausgrenzung verbunden, die sowohl auf moralische Bedenken stoßen können wie auch nur begrenzt wirksam sind.
- (3) Auch wenn der Wanderungsgewinn aus der Türkei - vor Polen und Italien - der höchste eines einzelnen Landes ist, erscheint er vor dem Hintergrund der Gesamtwanderung nicht derart bedeutend, daß er in den Vordergrund der Diskussion gestellt werden dürfte.
- (4) Die Zuwanderung der Deutschen hat bis 1988 in der Bundesrepublik fast dasselbe

numerische Gewicht wie das von Ausländern. Wanderungsfrage und Ausländerfrage sind daher zu unterscheiden.

- (5) Aus der weiteren Entwicklung der Europäischen Gemeinschaft ist - auch infolge der Realisierung des "gemeinsamen Binnenmarktes" - ein nennenswerter erwerbsbedingter Wanderungsgewinn aus den Ländern der Gemeinschaft nicht zu erwarten.
- (6) Demgegenüber sind Einwanderungen in die Europäische Gemeinschaft aus anderen Gründen, die in den Herkunftsgebieten liegen, wahrscheinlich. Das bedeutende - und noch ständig steigende - Wohlstandsgefälle zwischen den Ländern der Europäischen Gemeinschaft und den Ländern sowohl in Ost- und Südosteuropa, den südlichen und östlichen Mittelmeeranrainern und den Entwicklungsländern überhaupt wird den Wanderungsdruck aus diesen Gebieten verstärken.
- (7) Für Deutschland kommt noch die historisch begründete Neigung hinzu, Familien deutscher Herkunft insbesondere aus denjenigen Gebieten aufzunehmen, in denen sich ihre Lage infolge des zweiten Weltkrieges deutlich verschlechtert hat. Diese Tendenz hat mit den Thesen der Wanderungstheorie wenig zu tun; sie dürfte sich auch unter allen wirtschaftlichen Bedingungen künftig wie bisher gegen jede andere Argumentation durchsetzen.
- (8) Das einzige wirksame Mittel gegen Einwanderungsdruck ist die wirtschaftliche Entwicklung der Herkunftsländer. Diese zu unterstützen, besteht zwar ein weiter Konsens; die erforderlichen Mittel und ihr wirksamer Einsatz dürften bis auf symbolische Maßnahmen jedoch jenseits der Möglichkeiten liegen.

Anmerkungen

1. Die empirischen Daten stammen aus den Statistischen Jahrbüchern der Bundesrepublik Deutschland, Jahrgang 1951 bis 1990, Tabellen der "Wanderungen über die Grenzen des Bundesgebietes" und "Wanderungen zwischen dem Bundesgebiet und dem Ausland", resp. Vorgängertabellen der mehrfach geänderten Statistik. Die Zurechnungen zu den dort verwendeten Kategorien wurden übernommen: Begriffe, Verfahren und Zurechnungen sind dort begründet.

2. Ich habe für den Bedarf dieser Studie u.a. die neueste Modellrechnung der Bundesforschungsanstalt für Landeskunde und Raumordnung (BfLR) in Bonn-Bad Godesberg verwendet. Sie beruht auf der Basis der Fortschreibung zum 1.1.1988 (vor Korrektur durch die VZ 1987), ist also aktueller als die letzte bekannte Modellrechnung des Statistischen Bundesamtes (StBA; BMI) und hat - als konsequente Status-quo-Prognose - den Vorteil größerer Transparenz (vgl. Mackensen 1989). Sie geht bis zum Jahr 2005, während die Modellrechnung des StBA in der hier erforderlichen Gliederung im StJbBRD 1983, p.69, nur bis 2000 veröffentlicht ist. In den hier interessierenden Altersgruppen weichen die Ergebnisse ohnedies nur geringfügig voneinander ab. Die Modellrechnung ist allerdings durch die Ergebnisse der Volkszählung 1987 beeinträchtigt; eine Neuberechnung ist aber erst unter Einbeziehung der neuen Bundesländer sinnvoll und steht daher noch aus.

3. Ich trete nicht in eine weitere Ursachenanalyse ein, sondern beschränke mich auf die Feststellung der empirischen Befunde des Wanderungsgeschehens. Dabei berücksichtige ich nur Länder und Jahre, in denen der Saldo der Zu- oder Abwanderungen der Bundesrepublik gegenüber dem betreffenden Land eine willkürlich gegriffene Größenordnung von 5000 Wanderungsfällen im Einzelfall überschreitet; das Verfahren

ist in der Wanderungsanalyse üblich: Die Komplexität der Wanderungsmatrizen muß aus arbeits-ökonomischen Gründen durch "Abschneidungsgrenzen" reduziert werden. Ich habe allerdings, wenn in den verwendeten Zeitreihen dieser Wert nur vorübergehend unterschritten wird, auch die geringeren Werte berücksichtigt.

4. Als "Wanderungsvolumen" bezeichnet man die Summe aus Zu- und Fortzügen. Aber auch bei Salden wäre nicht allein die Situation - in ersten Linie das Bevölkerungsvolumen - des eigenen Landes, sondern zugleich die des Herkunftsgebietes zu berücksichtigen. Das ist hier nicht geschehen, verdient aber der Erinnerung.

Tabellen

- 1: Außenwanderungen der Bundesrepublik Deutschland 1951-1988
- 2: Wanderungsströme zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Staaten mit einem erheblichen Wanderungsaustausch mit der BRD 1954-1988
- 3: Umfang und Intensität der Außenwanderungen der Bundesrepublik Deutschland 1951-1988
- 4: Asylbewerber nach Herkunftsländern 1988/89
- 5: Registrierte Aussiedler in den Aufnahmelagern 1984-1989 6: Aussiedler nach Herkunftsgebieten
- 7: Aussiedler 1968-1988 nach Geschlecht und Altersgruppen
- 8: Aussiedler und Übersiedler 1989 nach der Tätigkeit
- 9: Erwerbspersonen der Aussiedler und Übersiedler 1987/88 nach Berufsgruppen
- 10: Übersiedler aus der DDR in die BRD 1980-1988

Literaturnachweis

- BfLR: Bevölkerungsprognose 1984-2005/status quo, Bonn: Bundesforschungsanstalt für Landeskunde und Raumordnung 1988
- BMI - Bundesminister des Innern: Bericht über die Bevölkerungsentwicklung in der Bundesrepublik Deutschland, Bonn: Bundestagsdrucksachen 8/4438 v. 8.8.1980 und 10/863 v. 5.1.1984, sowie: Modellrechnung, Aktualisierte Fassung, bearbeitet im Statistischen Bundesamt und im Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung, beide Wiesbaden, vom 10.2.1987
- Büttner, Thomas und Christopher Prinz: Structure and Impact of German-German Migration, Laxenburg: IIASA Papers 1990
- DGBw: Ausländer in der Bundesrepublik Deutschland, hgg. v. Ch. Höhn und D. Rein, Boppard: Boldt (Schriften des Bundesinstituts für Bevölkerungsforschung: Bericht über die 24. Arbeitstagung der Deutschen Gesellschaft für Bevölkerungswissenschaft 1990 in Wiesbaden) 1990
- DIW: Szenarien der Bevölkerungsentwicklung in der Bundesrepublik Deutschland, Berlin: DIW (Wochenbericht 8/90 vom 22.2.90) 57(1990)8
- DIW: Großraum Berlin - Strukturen, Chancen, Risiken; Berlin: DIW (Wochenbericht 22/90 vom 31.Mai 1990) 57(1990) 22
- DIW: Szenarien der Bevölkerungsentwicklung in der DDR, Berlin: DIW (Wochenbericht 23/24 vom 14.Juni 1990) 57(1990) 23/24
- EKD: Die neuen Informations- und Kommunikationstechniken - Chancen, Gefahren, Aufgaben verantwortlicher Gestaltung, Eine Studie der Kammer der Evangelischen Kirche in Deutschland für soziale Ordnung und der Kammer der Evangelischen Kirche in Deutschland für publizistische Arbeit, Gütersloh: Gerd Mohn 1985, 126 p
- Heilig, Gerhard und Thomas Büttner: Demographic Footnotes to German Unification, Laxenburg: IIASA Papers 1990
- Hoffmann-Nowotny, Hans-Joachim: Soziologie des Fremdarbeiterproblems, Stuttgart: Enke 1973
- IIASA: First Demographic Sketch of a United Germany, in: PopNet 17 (1990)
- Linke, Winfried: Demographic Characteristics and the marriage and fertility patterns of migrant populations - an assessment of their role in the future demographic development of countries of origin and destination, Straßburg: Council of Europe (Population Studies 1) 1976
- Lösch, August: Bevölkerungswellen und Wechsellagen, Jena: G.Fischer (Beiträge zur Erforschung der wirtschaftlichen Wechsellagen - Aufschwung, Krise, Stockung, hgg.v. A. Spiethoff, 13) 1936, 134 p

- Mackensen, Rainer: Probleme regionaler Mobilität - Ergebnisse und Lücken der Forschung zur gegenwärtigen Situation in der Bundesrepublik Deutschland und in Berlin (West), mit M. Vanberg u. K.Krämer, Göttingen: Schwartz (Kommission für wirtschaftlichen und sozialen Wandel 19) 1975,202p
- Mackensen, Rainer: Regionale Mobilitätsprozesse in der Bundesrepublik Deutschland - mit E.Bergmann u.a., Berlin: TUB (Arbeitshefte ISR 12) 1979, 301 p
- Mackensen, Rainer: Bevölkerung und Gesellschaft in Deutschland - die Entwicklung 1945-1978, in: Sozialer Wandel in Westeuropa - Verhandlungen des 19.Deutschen Soziologentages, ed. J.Matthes, Frankfurt:Campus 1979, 443-464
- Mackensen, Rainer: Wanderungstendenzen und Wanderungstheorien, in: Alte und neue Themen der bevölkerungswissenschaft, ed.H. Schubnell, Boppard: Boldt (Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung, Schriften 10) 1981, 87-104
- Mackensen, Rainer: Changing Mobility and Migration Patterns leading to Shifts in Geographic Distribution and Multi- Ethnic Society, in: Changing Population Trends - The Implications for Social Policy, 12th Regional Symposium of the International Council on Social Welfare (ICSW) in Dublin, London: ICSW 1983
- Mackensen, Rainer: Offene Fragen und Thesen zu den sozialen und demographischen Auswirkungen der deutschen Zuwanderung um 1945 und danach, in: Flüchtlinge und Vertriebene in der westdeutschen Nachkriegsgeschichte, ed Rainer Schulze u.a., Hildesheim Lax 1987, 305-307
- Mackensen, Rainer: August Lösch as a Population Analyst, in: Regional Studies on Transportation and Infrastructure, ed. K. Peschel, Berlin: Springer 1990 (Ms. 1989)
- Mackensen, Rainer: Wie sicher sind die demographischen Prognosen? in: Die demographische Herausforderung - Das Gesundheitswesen angesichts einer veränderten Bevölkerungsstruktur, ed. Chr.v.Ferber, H. Radebold, J.-M. Graf v.d. Schulenburg, Gerlingen: Bleicher (Robert Bosch- Stiftung: Beitr.z. Gesundheitsökonomie 23) 1989, 17-67
- Mackensen, Rainer: Außenwanderungen der Bundesrepublik Deutschland - Geschichte und Perspektiven, Beitrag zur 1. Demographischen Konferenz der DDR, veranstaltet vom Wissenschaftlichen Rat für Sozialpolitik und Demographie und dem Institut für Soziologie und Sozialpolitik der Akademie der Wissenschaften der DDR, in Zusammenarbeit mit dem Bereich Demographie der Humboldt Universität und dem Lehrstuhl für Demographie der Hochschule für Ökonomie am 28.11. bis 1.12.89 (im Druck)
- OECD: Continuous reporting system on migration, Paris: OECD Directorate for Social Affairs, Manpower and Education (synthesis reports 1982 and 1984) 1983, 1985
- Penninx, Rinus: Immigrant populations and demographic development in the member states of the Council of Europe, Straßburg: Council of Europe (Population Studies 12 und 13, document CDDE (84)12) 1984

- Penninx, Rinus, Den Haag: International Migration in Europe: Developments, Mechanisms and Controls, in: Demographische Wirkungen politischen Handelns, hgg.v. H. Birg u. R. Mackensen, Frankfurt: Campus 1990, 145-179
- Schulz, Erika: Auswirkungen des Zuzugs von Aus- und Übersiedlern auf die Altersstruktur der Bevölkerung in der Bundesrepublik Deutschland, Berlin: DIW (Diskussionspapier 7) März 1990
- StJbBRD: Statistisches Jahrbuch der Bundesrepublik Deutschland, herausgegeben vom Statistischen Bundesamt, Wiesbaden, alle Jahrgänge; die jüngste Modellrechnung bis 2000 im StJbBRD 1986, p 67
- United Nations: Trends and Characteristics of international migration since 1950, New York: UN Department of Economics and Social Affairs (Demographic Studies 64) 1979
- United Nations: Labour supply and migrations in Europe - demographic dimensions 1950-1975 and prospects, New York: UN (Economic survey of Europe in 1977, Part II) 1979